



Handelsmacht

Chinas Megaprojekt einer »maritimen Seidenstraße« zwischen Ostasien und Europa ist weit vorgeschritten. Diesem Netzwerk von Schifffahrtlinien und Häfen hat die EU wenig entgegenzusetzen. Von Burkhard Ilschner

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 7. DEZEMBER 2017 · NR. 284 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Austesten

Polizei gelingt Mediene coup: Viel Wind, aber bislang keine bedeutenden Funde bei G-20-Razzia

2

Ausspielen

Chaostage in Kiew. Festnahme von Saakaschwili gescheitert. Polizeiangriff auf Protestlager

3

Aussitzen

Fall Oury Jalloh: Sachsen-Anhalts Justizministerin gerät weiter unter Druck. Von Susan Bonath

4

Auspowern

Japan: Großunternehmen drängen Beschäftigte zu exzessiver Mehrarbeit – der Staat fördert das

6

Kein Frieden mit Trump

Weltweit Warnungen vor US-Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels. Palästinenser durch Washington und Riad erpresst. Von Karin Leukefeld



Protest gegen Trump am Mittwoch in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut

Weltweit wurde am Mittwoch mit Sorge eine für den Abend (nach jW-Redaktionsschluss) von US-Präsident Donald Trump angekündigte Rede erwartet. Nach vorherigen Äußerungen der Administration in Washington war davon auszugehen, dass Trump den Umzug der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem anordnen und Jerusalem – de jure oder de facto – als Hauptstadt Israels anerkennen würde. US-Außenminister Rex Tillerson versuchte, noch vor Beginn der Ansprache seines Chefs die Wogen zu glätten. »Der Präsident ist dem Nahostfriedensprozess sehr verpflichtet«, behauptete er am Mittwoch am Rande eines NATO-Außenministertreffens in Brüssel. Er rief dazu auf, erst einmal Trumps Rede zum Thema abzuwarten und genau auf den Inhalt zu achten. »Wir glauben weiter, dass es eine sehr gute Chance gibt, zu Frieden zu kommen.« Ein Sprecher des Wei-

ßen Hauses hatte schon am Dienstag (Ortszeit) angekündigt, der Präsident werde das Außenministerium lediglich auffordern, den »Prozess des Umzugs der US-Botschaft einzuleiten«.

Weniger zurückhaltend zeigte sich dagegen Israels Regierung. Endlich werde Jerusalem als »ewige und ungeteilte Hauptstadt eines jüdischen Staates« anerkannt, jubelte Bildungsminister Naftali Bennet.

Bereits 1995 hatte der US-Kongress ein Gesetz erlassen, das den Umzug der diplomatischen Vertretung von Tel Aviv nach Jerusalem vorsieht. Seither haben jedoch alle Präsidenten die Umsetzung des Beschlusses mit jeweils sechs Monate gültigen Dekreten ausgesetzt. Trump hatte dagegen schon während des Wahlkampfes im vergangenen Jahr die Verlegung in das von Israel 1967 besetzte und später völkerrechtswidrig annektierte Ostjerusalem angekündigt. Beide großen Parteien im US-Kon-

gress, Trumps Republikaner wie die oppositionellen Demokraten, sollen für das Vorhaben bereits ihre Zustimmung signalisiert haben.

Der Umzug ist offenbar Teil eines »Friedensplans« von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner als Beauftragtem Washingtons für den Israel-Palästina-Konflikt. Kushner ist auch ein guter Freund des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, mit dem er seinen Plan bei drei Besuchen in Riad abgestimmt haben soll. Salman hatte Anfang November den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, nach Riad zitiert und ihn aufgefordert, den offiziell noch gar nicht vorliegenden »Friedensplan« Kushners zu akzeptieren.

Das Dokument sieht offenbar vor, dass ein zukünftiger Staat Palästina kein zusammenhängendes Territorium im Westjordanland umfasst. Die staatliche Souveränität des Landes soll ein-

geschränkt, die überwiegende Mehrheit der israelischen Siedlungen bestehen bleiben. Ostjerusalem soll nicht die Hauptstadt Palästinas sein.

Der saudische Kronprinz soll Abbas Medienberichten zufolge vorgeschlagen haben, Abu Dis als Hauptstadt Palästinas zu akzeptieren. Der Ort liegt außerhalb der von Israel um Ostjerusalem gebauten Mauer. Zudem sollen Teile der ägyptischen Sinaihalbinsel dem Gazastreifen und damit Palästina zugeschlagen werden. Im Gegenzug werde Israel Teile des Westjordanlandes annektieren. Abbas habe zwei Monate Zeit, darüber nachzudenken. Sollte er ablehnen, werde man ihn zum Rücktritt zwingen.

Sowohl das Weiße Haus als auch das saudische Außenministerium haben die Existenz eines solchen Plans, über den israelische Medien bereits im November berichteten, dementiert.

■ Siehe Seite 7

Neonaziprozess wird neu aufgerollt

Koblenz. Einer der umfangreichsten Neonaziprozesse in Deutschland muss neu aufgerollt werden: das Verfahren gegen das »Aktionsbüro Mittelrhein«. Das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz hat auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin dessen spektakuläre Einstellung aufgehoben, wie OLG-Sprecher Christoph Syrbe der Deutschen Presseagentur am Mittwoch mitteilte. Das Verfahren hatte im Sommer 2012 gegen ursprünglich 26 Beschuldigte begonnen, zuletzt waren es noch 17. Die Anklage lautete auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Das Landgericht Koblenz hatte den Prozess Ende Mai wegen der »überlangen Verfahrensdauer« von 337 Verhandlungstagen in fast fünf Jahren eingestellt – ohne Urteil. Hintergrund war die Pensionierung des vorsitzenden Richters. (dpa/jW)

Olympia ohne russische Fahnen



Moskau. Bei den Olympischen Winterspielen im Februar in Südkorea dürfen russische Sportler weder mit ihren Nationalfarben antreten, noch bekommen sie im Falle eines Sieges die Nationalhymne zu hören. Diese Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees begründete dessen Chef Thomas Bach am Dienstag abend mit »systemischer Manipulation der Antidopingregeln« während der Spiele 2014 in Sotschi. Zudem wurden einige Funktionäre zum Teil lebenslang für Olympia gesperrt. Sollten die Russen die Strafen respektieren, würden sie vor der Abschlussfeier in Südkorea aufgehoben, erklärte Bach. Der russische Präsident Wladimir Putin äußerte sich bei einem Auftritt in Moskau am Mittwoch nachmittag nicht zu dem Thema. Die Tageszeitung *Iswestija* schrieb: »Russische Athleten werden die Ehre ihres Mutterlandes unter jeder Fahne verteidigen.« (jW)

■ Siehe Seiten 8 und 16

BRD-Abschiebeflug ins Kriegsgebiet

Am heutigen Donnerstag sollten Flüchtlinge in Kabul eintreffen

Afghanische Behörden rechnen mit der planmäßigen Ankunft eines Abschiebeflugs aus Deutschland für diesen Donnerstag morgen (Ortszeit). Der Leiter der Beobachtungsgruppe für Abschiebungen, Faisurrahman Chadam, bestätigte der dpa am Mittwoch, der Charterflug sei ab Frankfurt am Main für Mittwoch abend (MEZ) angekündigt. »Die Zahl der Passagiere kennen wir noch nicht«, sagte er – es sollten aber per Vereinbarung mit Deutschland nicht mehr als 50 sein. Flüchtlingsaktivisten hatten von etwa 20 Passagieren gesprochen. Das

Wocheheft *Der Spiegel* berichtete, es sollten sogar fast 80 ausgeflogen werden.

Unter den abgelehnten Asylbewerbern sollen neun Männer aus Bayern sein, vier jeweils aus Hamburg und Baden-Württemberg, sowie je einer aus Sachsen, NRW und Rheinland-Pfalz. Das Bundesinnenministerium verweigerte nähere Angaben; es sollen auch verurteilte Straftäter unter den Ausgeflogenen sein, hieß es.

»Nach dem Bombenanschlag vor der Deutschen Botschaft in Kabul am 31.05.2017 gab das Bundesinnenmi-

nisterium bekannt, man wolle nicht mehr nach Afghanistan abschieben, ausgenommen Straftäter, Gefährder und hartnäckige Identitätstäuscher. Der Bayerische Flüchtlingsrat hat bisher von neun möglicherweise betroffenen Personen Kenntnis, davon lediglich zwei Straftäter«, erklärte Stephan Dünwald für den Verein. In dessen Presseerklärung wird dargelegt, dass allein zwei Männer unter den möglichen Abschiebekandidaten in einer Ausbildung seien und über hervorragende Sprachkenntnisse verfügten.

Die Flüchtlingsorganisation Pro

Asyl forderte erneut die generelle Aussetzung von Abschiebungen in Kriegsgebiete, zumal diese »trotz einer ausstehenden aktuellen Lagebeurteilung der Bundesregierung« durchgedrückt werden. Die BRD hatte im vergangenen Jahr ein Rückführungsabkommen mit Kabul geschlossen. Im Dezember 2016 wurde mit ersten sogenannten Sammelabschiebungen begonnen.

Bürgerasyl-Initiativen in Frankfurt am Main hatten für Mittwoch abend (nach jW-Redaktionsschluss) zum zivilen Ungehorsam gegen den Abschiebeflug aufgerufen. (dpa/AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

